



MUNBW 2020 - Einführungstexte Hauptausschuss 3

Seite 2

Über das Gremium

Seite 3 - 11

1 - Recht auf Bildung Geflüchteter

Seite 12 - 22

2 - Rolle von Frauen im Katastrophenschutz

Seite 23 - 34

3 - Bekämpfung nicht übertragbarer Krankheiten



Über das Gremium

Der Ausschuss für soziale, humanitäre und kulturelle Fragen (Hauptausschuss 3) ist einer der sechs zentralen Ausschüsse der Generalversammlung. Die Themen, mit denen er sich beschäftigt, sind unter anderem Menschenrechte, Stärkung von Frauen sowie der Schutz von Kindern, Geflüchteten und indigenen Bevölkerungsgruppen.

Der Hauptausschuss 3 tritt einmal im Jahr von Oktober bis November zusammen und bereitet Vorschläge für die Resolutionen der Generalversammlung vor. Es steht jedem Mitgliedstaat frei, an diesen Sitzungen teilzunehmen. Da die Vorschläge des HA 3 von der Generalversammlung eigenständig als Resolutionen verabschiedet werden, sind deren Kompetenzen auch für die Resolutionsentwürfe des Hauptausschusses 3 maßgeblich.

Die Generalversammlung kann sich mit sämtlichen Fragen und Angelegenheiten befassen, die sich aus der Charta der Vereinten Nationen ergeben. Hierbei kann die Generalversammlung sowohl den Staaten als auch anderen UN-Organen Vorschläge machen und Empfehlungen abgeben. Selbst wenn die Resolutionen der Generalversammlung völkerrechtlich unverbindlich sind, wird ihnen von der interessierten Öffentlichkeit, der Presse und Staaten große Beachtung geschenkt. Ein wichtiger Faktor ist dabei die bei den Vereinten Nationen vorherrschende Konsensorientierung: Die Mitgliedstaaten sind immer darum bemüht, Resolutionen mit breiter Mehrheit oder sogar einstimmig zu verabschieden. Dieses Prinzip sorgt für einen großen Rückhalt der verabschiedeten Inhalte und begünstigt auch vor dem Hintergrund der Unverbindlichkeit deren Einhaltung.



1 - Recht auf Bildung Geflüchteter

Fragen zu diesem Thema können Sie an Jeremy Teutsch (j.teutsch@munbw.de) richten.

Einleitung

Die vierte Zielsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs) „Bildung für alle – inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern“ ist vom Scheitern bedroht. Geflüchtete und Asylsuchende haben einen besonderen Bildungsbedarf. Auf der Flucht wird ihr bisheriger Bildungsweg unterbrochen, Zeugnisse gehen verloren, Kinder können nicht in einer ruhigen und sicheren Umgebung lernen. Bildung spielt eine entscheidende Rolle in ihrem Integrationsprozess und gibt ihnen die Chance zum gesellschaftlichen Aufstieg in ein besseres Leben. Jedoch können sie oftmals ihr Recht auf Bildung nicht wahrnehmen oder werden systematisch vom Besuch einer Bildungseinrichtung ausgeschlossen. Eine Verbesserung der Bildungssituation von Geflüchteten ist daher dringend notwendig.

Hintergrund und Grundsätzliches

Das Völkerrecht legt fest, dass niemandem der Zugang zu den grundlegenden Menschenrechten, welche in der 1948 verabschiedeten Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte festgeschrieben wurden, verwehrt werden darf. Ein ebensolches dort festgeschriebenes grundlegendes Menschenrecht ist der freie Zugang zu Bildung. So heißt es in Artikel 26 der Erklärung folgendermaßen:

“Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung. [...] Die Ausbildung soll die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und die Stärkung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zum Ziel haben.”

Das Recht auf Bildung ist daher ein universelles Menschenrecht, es gilt für jede*n zu jeder Zeit und an jedem Ort. Es ist ein Schlüsselrecht, da durch Bildung überhaupt erst ein Verständnis für Menschenrechte geschaffen wird. Gut gebildete Menschen besitzen ein ausgeprägteres Bewusstsein über gesundheitliche Risiken, finden leichter Arbeit und erfahren mehr Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben und können besser ihre Meinung zum Ausdruck bringen. Bildung befähigt Menschen dazu, sich



Bildung in einem Flüchtlingscamp in Äthiopien © UNICEF Ethiopia/2014/Ayene

weiterzuentwickeln und selbst zu verwirklichen, sozial aufzusteigen, sowie sich an demokratischen Prozessen und gesellschaftlichen Debatten zu beteiligen. Insbesondere Frauen profitieren in enormen Maße von Bildung, da sie sich so von Unterdrückung emanzipieren und ihren gesellschaftlichen Stellenwert verbessern können. Der ungehinderte Zugang zu Bildungsangeboten stellt für viele Menschen mittlerweile eine alltägliche Selbstverständlichkeit dar und wird nicht als ein hart umkämpftes Menschenrecht, welches einen instrumentalen Beitrag zu einem würdevollen Leben leistet, wahrgenommen.

Für viele Millionen von Geflüchteten gestaltet sich die Realität jedoch wesentlich anders.

Vielen von ihnen bleibt der Zugang zu Bildung verschlossen, obwohl gerade der Zugang zu Bildung ihnen die Mittel gibt, aus Armut zu entfliehen und sich erfolgreich in die Gesellschaft ihres Aufnahmelandes zu integrieren.

Aktuelles

Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) zufolge befinden sich aktuell mehr als 25,9 Millionen Menschen weltweit in einer Fluchtsituation. Ein Großteil der Geflüchteten sind Minderjährige, welche häufig von ihrer Familie getrennt sind. Von den insgesamt 7,1 Millionen Flüchtlingskindern, die sich im schulfä-



MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

higen Alter befinden, gehen nur 47%, also 3,4 Millionen Kinder, regelmäßig zur Schule.

Beim Zugang zu Bildung besteht ein signifikanter Unterschied zwischen Geflüchteten und ihren nichtgeflüchteten Altersgenoss*innen, der im Lauf einer schulischen Ausbildung immer weiter zunimmt. Die Lage, insbesondere bei Grundschul- und Hochschulbildung, hat sich in den vergangenen Jahren zwar um ein bis drei Prozentpunkte verbessert, bietet aber weiterhin großen Anlass zur Sorge.

Eine Grundschulausbildung wird immerhin 63% aller Flüchtlingskinder zuteil. Weltweit erhalten allerdings 93% aller Kinder Grundschulunterricht. Obwohl der erfolgreiche Abschluss einer weiterführenden Schule fundamental für die eigene Bildungs- und Arbeitsperspektive ist, besuchen lediglich 24% aller Geflüchteten eine weiterführende Schule, verglichen dazu werden weltweit 84% aller Kinder und Jugendlichen an einer Mittelschule unterrichtet. Ferner stabilisiert weiterführende Bildung die soziale Entwicklung von heranwachsenden Geflüchteten und verhindert, dass sie wegen Beschäftigungslosigkeit und unklaren Berufsaussichten in die Kriminalität abrutschen.

Die höchste Stufe eines Bildungswegs, ein Studium an einer Hochschule, erreichen nur die allerwenigsten Geflüchteten, nämlich 3%, wohingegen im globalen Durchschnitt fast viermal so viele Menschen an einer Hochschule eingeschrieben sind.

Das UNHCR befürchtet, dass ohne weitreichende Verbesserungen in der weiterführenden Bildung jüngst erzielte Verbesserungen verpuffen werden und eine ganze Generation an heranwachsenden Geflüchteten in die Perspektivlosigkeit getrieben werden wird.

Im Kontext dieser Entwicklungen und der dramatischen Zuspitzung der weltweiten Fluchtbewegungen hat UNHCR den Globalen Pakt für Flüchtlinge, welcher am 17. Dezember 2018 von der Generalversammlung in New York angenommen wurde, erarbeitet. Der Pakt besitzt keine rechtliche Bindekraft, vielmehr soll er die internationale Zusammenarbeit in der Flüchtlingspolitik verbessern und vereinheitlichen. In Absatz 68 des Paktes bekennen sich die Staaten dazu, Geflüchteten "den Zugang



zur Grund-, Sekundar- und Hochschulbildung zu erleichtern” und den Aufnahmeländern in der Erweiterung ihrer Bildungssysteme Unterstützung zukommen zu lassen.

Probleme und Lösungsansätze

Eine der Hauptursachen bei der unzulänglichen Umsetzung des Rechts auf Bildung für Geflüchtete liegt in der Überforderung der Bildungssysteme der Aufnahmeländer. 84% der weltweit Geflüchteten halten sich in Entwicklungsländern auf. Deren Schulsysteme besitzen kaum die Kapazitäten, um die angemessene Beschulung der Einheimischen sicherzustellen, geschweige denn, um auf den Andrang hunderten Geflüchteter angemessen reagieren zu können.

Selbst Staaten, deren Bildungssysteme sehr gut ausgebaut sind, haben zum Teil mit erheblichen Schwierigkeiten in der Bildung von Geflüchteten zu kämpfen. Dies zeigt sich am Beispiel von Griechenland, wo auf dem Festland starke Fortschritte in der Integration von Geflüchteten ins staatliche Schulsystem feststellbar sind, während auf den Inseln geringe schulische Kapazitäten und Überbelegung von Flüchtlingsheimen vorherrschen.

Um einer großen Zahl an bildungsbedürftigen Flüchtlingskindern Herr zu werden, wird häufig auf provisorische Sonderschulen zurückgegriffen. Diese sind allerdings für gewöhnlich von minderer Qualität, folgen keinen offiziellen Lehrplänen und stellen Zeugnisse aus, die nicht anerkannt werden. Lernwillige und engagierte



Klassenzimmer in einem Flüchtlingscamp in Äthiopien

© UNICEF Ethiopia/2017/Benjamin Reese



Schüler*innen werden so frustriert, wenn sie einen Bildungsabschluss erhalten, der nicht anerkannt wird, und sie auf deren Grundlage von weiterführender Bildung ausgeschlossen bleiben. Diese Exklusion von Flüchtlingskinder aus den nationalen Bildungssystemen ist einer der Hauptgründe, warum so viele Flüchtlingskinder keine weiterführende Schule oder Universität besuchen.

Als wesentlich zuträglicher erweist sich dagegen eine Stärkung der nationalen Bildungssysteme der entsprechenden Aufnahmeländer. Insbesondere bei weiterführenden Schulen besteht großer Handlungsbedarf. Allzuhäufig enden Bildungswege nach dem Grundschulabschluss, weil es keine oder zu wenige Plätze auf weiterführenden Schulen gibt. Weiterführende Bildung ist erheblich kostenintensiver als Grundschulbildung, verlangt nach besser ausgebildeten Lehrer*innen und aufwendigeren Schulmaterialien. Ein Ausbau der Kapazitäten stärkt nicht nur die bereits bestehenden Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche, sondern auch den sozialen Zusammenhalt und Toleranz für Menschen, die nicht der Mehrheitsgesellschaft angehören. Insbesondere spezielle Kindergärten, Sprachkurse und Einführungsklassen für Geflüchtete üben eine sehr positive Wirkung auf deren weiteren Bildungsweg aus.

Fehlende Sprachfähigkeiten und eine geringe Impfquote stellen ein weiteres Hindernis in der angemessenen Beschulung von Geflüchteten dar. Häufig verpassen Geflüchtete mehrere Schuljahre, weil sie nicht die für Schulanmeldungen erforderlichen Impfungen, Sprachkenntnisse und Zeugnisse vorweisen können. Außerdem werden geflüchtete Kinder in erheblichem Maße durch nicht erteilte bzw. nur befristete Aufenthaltsgenehmigungen diskriminiert, da sie dadurch von der Schulpflichtigkeit ausgenommen sind und ihnen so der Zugang zu Bildungsangeboten verwehrt wird.

Hier stellt sich die Frage, ob durch eine Lockerung dieser Voraussetzungen für Geflüchtete nicht deren Zugang zu staatlichen Bildungsangeboten erheblich verbessert werden würde. Ebenso könnten spezielle Prüfungen für Geflüchtete angeboten werden, um deren Leistungsstand zu ermitteln.

Eine weitere nicht zu vernachlässigende Problematik in der Zugänglichkeit zu Bildung lässt sich in den Haushalten und Familien von Geflüchteten ausmachen. Je



Kinder in einem Lernzentrum in Bangladesch © GPE/Chantal Rigaud

älter Flüchtlingskinder werden, desto stärker steigen die Erwartungen an sie, ihre Familien zu versorgen. Insbesondere Frauen und Mädchen werden in dieser Hinsicht oftmals stark benachteiligt. Haushaltstätigkeiten wie die Betreuung jüngerer Geschwister, älterer Verwandter oder das Sammeln von Wasser werden von ihrer Familie höherrangiger angesehen als ein Bildungsabschluss. Mit Eintritt in die Pubertät können sie dem Druck ausgesetzt werden, ihre Ausbildung aufzugeben, um früh zu heiraten oder arbeiten zu gehen. Flüchtlingsfamilien mit begrenzten Ressourcen entscheiden sich häufig, die Ausbildung eines Sohnes zu priorisieren, da diesem zuge-
traut wird, später mehr Geld zu verdienen.

Eine Stärkung von nationalen Bildungssystemen sollte daher auch die finanzielle Unterstützung von Flüchtlingsfamilien beinhalten, die andernfalls vom Einkommen ihrer arbeitenden Kinder abhängig wären. Kosten für Schulgeld, Prüfungsgebühren, Schuluniformen, Lernmaterialien und Verkehrsmittel können auf einkommensschwache Flüchtlingsfamilien abschreckend wirken, weswegen eine Reduzierung bzw. Beseitigung dieser Kosten den Zugang zu Bildung bedeutend fördern kann. Staatliche Zuwendungen bzw. Zuschüsse ermöglichen Familien, die Bildungsbedürfnisse ihrer Kinder zu priorisieren und reduzieren so in erheblichem Maße die Wahrscheinlichkeit von Zwangsheiraten und Kinderarbeit als Einkommensquellen. Damit können insbesondere im Bereich der weiterführenden Schulen die Unterrichtsbeteiligung und Anwesenheit der Schüler*innen gesteigert werden.



Punkte zur Diskussion

- Wie kann verhindert werden, dass Geflüchtete von staatlicher Seite diskriminiert werden und nicht den gleichen Zugang zu Bildung wie ihre Altersgenoss*innen erhalten?
- Wie können die Bestimmungen der Absätze 68 und 69 des globalen Pakts für Flüchtlinge umgesetzt werden, um Geflüchteten “den Zugang zur Grund-, Sekundar- und Hochschulbildung zu erleichtern”?
- Wie kann dafür gesorgt werden, dass mehr Geflüchtete erfolgreich eine weiterführende Schule besuchen?
- Wie können auf der Flucht verloren gegangene oder nicht anerkannte Zeugnisse kompensiert werden?
- Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um geflüchteten Mädchen und Frauen den Zugang zu Bildung zu erleichtern?
- Wie kann sichergestellt werden, dass Flüchtlingskinder nicht vorzeitig die Schule verlassen, weil sie verheiratet werden oder arbeiten müssen? Welche Rolle spielen dabei finanzielle Zuwendungen an Flüchtlingsfamilien?
- Wie können Aufnahmeländer finanziell unterstützt werden? Sollten Staaten, die keine oder nur wenige Geflüchtete aufgenommen haben, Ausgleichszahlungen an Länder mit vielen Geflüchteten leisten?

Besonders hilfreiche Quellen

- Artikel der Bundeszentrale für politische Bildung zum Menschenrecht auf Bildung <http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/zukunft-bildung/156819/menschenrecht?p=all>
- UN News: More than half of world’s refugee children ‘do not get an education’, warns UNHCR - Prägnante Zusammenfassung des Berichts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge über die aktuelle Bildungssituation; Ausführlicher Bericht: siehe Quellen und weiterführende Links (englisch) <https://news.un.org/en/story/2019/08/1045281>



- SPIEGEL ONLINE: Uno-Bildungsreport. Mehr als 3,7 Millionen Flüchtlingskinder können nicht zur Schule gehen - Deutsche Zusammenfassung des UNHCR-Bericht
<https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/uno-bildungsreport-3-7-millionen-fluechtlingskinder-koennen-nicht-zur-schule-gehen-a-1284337.html>
- UNESCO: Fulfilling the right to education for refugees and undocumented migrants - Kurzer, faktenintensiver Artikel (englisch)
<https://en.unesco.org/news/fulfilling-right-education-refugees-and-undocumented-migrants>
- Statistische Datenbank des UN-Flüchtlingshilfswerks
<https://www.unhcr.org/dach/de/services/statistiken>
- Übersichtsseite des deutschen Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Bildung von Geflüchteten
<https://www.bmbf.de/de/fluechtlinge-durch-bildung-integrieren.html>

Wichtige Dokumente

- Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention)
https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/GFK_Pocket_2015_RZ_final_ansicht.pdf
- Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte vom 10. Dezember 1948:
<https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>
- Globaler Pakt für Flüchtlinge vom 17. Dezember 2018
https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2018/11/GCR_final_GER.pdf
- Umfangreiches Positionspapier der UNESCO. Beinhaltet viele Empfehlungen an die Staatengemeinschaft (englisch)
<https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000366839>



- Agenda 2030 des UN-Flüchtlingshilfswerks zur Verbesserung der Bildung von Geflüchteten (englisch)
<https://www.unhcr.org/5d651da88d7.pdf>

Quellen und weiterführende Links

- Coomans, Fons: Education as a Human Right for Migrants - Differenzierender Artikel zur Bildung von Migrant*innen und Geflüchteten (englisch)
<https://en.unesco.org/node/301084>
- UNHCR: Stepping up. Refugee education in crisis. Genf 2019 - Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge über die aktuelle Bildungssituation (englisch)
<https://www.unhcr.org/publications/education/5d651cbd4/stepping-refugee-education-crisis.html>
- Wallis, Emma: Education is a basic human right, but how many refugees and asylum seekers have access to that right in Greece? - Der Artikel setzt sich intensiv mit der Lage in Griechenland auseinander (englisch)
<https://www.infomigrants.net/en/post/15278/education-is-a-basic-human-right-but-how-many-refugees-and-asylum-seekers-have-access-to-that-right-in-greece>



2 - Rolle von Frauen im Katastrophenschutz

Fragen zu diesem Thema können Sie an Barbara Hauer (b.hauer@munbw.de) richten.

Einleitung

Katastrophensituationen wie das Erdbeben in Haiti 2010, der Reaktorunfall in Fukushima oder der Hurrikan Irma stellen Bedrohungen für eine Vielzahl von Personen dar und schaffen Situationen, in denen Menschen besonders auf die Hilfe von Staaten und Organisationen angewiesen sind. Auch durch den Klimawandel, der eine Verstärkung der Wetterphänomene zur Folge hat, wird die Relevanz des Katastrophenschutzes weiter erhöht.

Frauen spielen dabei eine größere Rolle im Katastrophenschutz als landläufig anerkannt wird. Gleichzeitig sind Frauen und Mädchen besonders gefährdet: Strukturelle Benachteiligung, auch im Hinblick auf sozio-ökonomische Faktoren, erschwert ihnen den Zugang zu Ressourcen, Kompetenzbildung und den Informationen, die für eine angemessene Vorbereitung auf Katastrophen und Resilienzbildung erforderlich wären.

Als Ausschuss für soziale, humanitäre und kulturelle Fragen gehören zum Kompetenzbereich des Hauptausschusses 3 auch die Themenbereiche Menschenrechte, Gleichstellung von Frauen und das Recht zur Selbstbestimmung, die hier berührt werden. Besondere Relevanz hat die Stärkung der Rolle von Frauen im Katastrophenschutz auch im Hinblick auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN (SDGs), in denen das Ziel Geschlechtergerechtigkeit ausdrücklich genannt ist.

Hintergrund

Ziel des Katastrophenschutzes ist es, die Risiken und Folgen von Katastrophen so weit wie möglich abzuschwächen.

Als Katastrophe wird eine Situation bezeichnet, in der das Leben und/oder das Wohlbefinden von Menschen durch eine Naturkatastrophe, einen Konflikt oder eine Gesundheitsbedrohung in Gefahr sind oder waren, sofern keine sofortige und angemessene Reaktion auf die Situation erfolgt. Zudem erfordert eine solche Katastrophensituation besondere Maßnahmen und Reaktionen. (Quelle: IRC)



Der Begriff Katastrophenschutz umschreibt das Wissen und die Kapazitäten, die von Regierungen, Hilfsorganisationen, Gemeinschaften und Individuen entwickelt werden um Katastrophen zu bewältigen. (Quelle: UNOCHA)

Dieser lässt sich in vier Phasen unterteilen: (1.) Vorbereitung, (2.) Bewältigung [der Katastrophe], (3.) Nachbereitung und (4.) Vorsorge.

Dabei wird eine besondere Aufmerksamkeit auf Personengruppen oder Objekte (Schutzgüter) gelegt, die aufgrund ihrer Charakteristika besonders verwundbar sind. Charakteristika von Personen, die zu einer besonderen Vulnerabilität (Verwundbarkeit/ Verletzlichkeit) führen, können beispielsweise Geschlecht, Alter, ethnische Zugehörigkeit, Behinderungen und sozio-ökonomische Stellung sein, durch die die Fähigkeit dieser Personen, mit einer Katastrophe und ihren Auswirkungen umzugehen, eingeschränkt wird.

Im Gegensatz dazu bezeichnet Resilienz die Fähigkeit eines Systems, Ereignissen zu widerstehen bzw. sich an diese anzupassen und dabei seine Funktionsfähigkeit zu erhalten oder möglichst schnell wieder zu erlangen. (Quelle: BBK)

Vulnerabilität von Frauen in Katastrophensituationen

Statistisch gesehen ist die Wahrscheinlichkeit von Frauen und Kindern, bei einer Katastrophe zu Tode zu kommen, 14 Mal höher als die von Männern. Frauen und Kinder machen zudem 75% der Displaced Persons in Katastrophensituationen aus. Gleichzeitig wird ohne die Einbindung von Frauen das Potential von Katastrophenschutzmaßnahmen nicht voll ausgeschöpft. Aktuelle Beispiele zeigen den Unterschied, den die Einbindung von Frauen hat:

Ein Vorbild ist der Küstenstaat Bangladesch, der bereits mehrfach von starken Wirbelstürmen betroffen war und sein Vorbereitungsprogramm stärker auf Frauen ausgerichtet hat, indem diese an der Gestaltung von Frühwarnsystemen, dem Bau von Zyklonschutzräumen und der Sensibilisierung der Bevölkerung beteiligt sind. Dadurch ist es Bangladesch gelungen, das Verhältnis von weiblichen zu männlichen Todesfällen um fast zwei Drittel zu senken.

Auch Malaysia möchte Frauen besser integrieren, um das Katastrophenrisiko des Landes zu verringern. Dafür sollen 50% der Führungspositionen im Katastrophenri-



MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

Risk and the context of hazard, exposure and vulnerability



There is no such thing as a **natural disaster**, only **natural hazards**



We make **choices** as to where we inhabit, how we build and what research we do



Risk is the combination of **hazard, exposure** and **vulnerability**



Death, loss and **damage** is the function of the context of hazard, exposure and vulnerability

Risk and the context of hazard, exposure and vulnerability © UNDRR 2019

sikomanagement Malaysias mit Frauen besetzt werden. Sierra Leone und Jordanien sind weitere Staaten, die bestrebt sind, Parität und Inklusion umzusetzen und damit Frauen nicht nur als Opfer, sondern auch als wichtige Kraft im Katastrophenschutz wahrzunehmen.

Durch Katastrophen werden bestehende strukturelle Ungleichheiten verstärkt. Frauen, die schon vor der Katastrophe von Faktoren wie Einkommensunterschieden, einer schwächeren rechtlichen Stellung und Diskriminierung betroffen waren, sind auch in der Phase nach der Katastrophe besonders von einem erschwerten Zugang zu Hilfsmaßnahmen und anderen Ressourcen betroffen.

Abgesehen davon, dass eine Einbindung von Frauen in den Katastrophenschutz schon aus Gründen der Gerechtigkeit angemessen wäre (Nothing about me without me), schlägt sich eine mangelnde Einbindung von Frauen auch in der unzureichenden Beachtung spezieller Schutzbedürfnisse von Frauen nieder. So sind beispielsweise Notunterkünfte nachteilig konstruiert, indem sie das Risiko von Frauen, Opfer sexualisierter Gewalt zu werden, erhöhen. Zudem werden beispielsweise besondere Bedürfnisse von Frauen im Bereich Hygiene und Gesundheit missachtet.

Des Weiteren übernehmen Frauen in der Folge der Katastrophe auf informellem Wege bereits weitreichende Aufgaben; insbesondere sind sie oft diejenigen, die sich um weitere besonders vulnerable Gruppen wie Alte, Kranke und Kinder kümmern. Auch dies erhöht ihre eigene Verwundbarkeit. Aber auch im Bereich der Resilienzbildung spielen Frauen in vielen Gesellschaften eine wichtige Rolle, indem sie für die



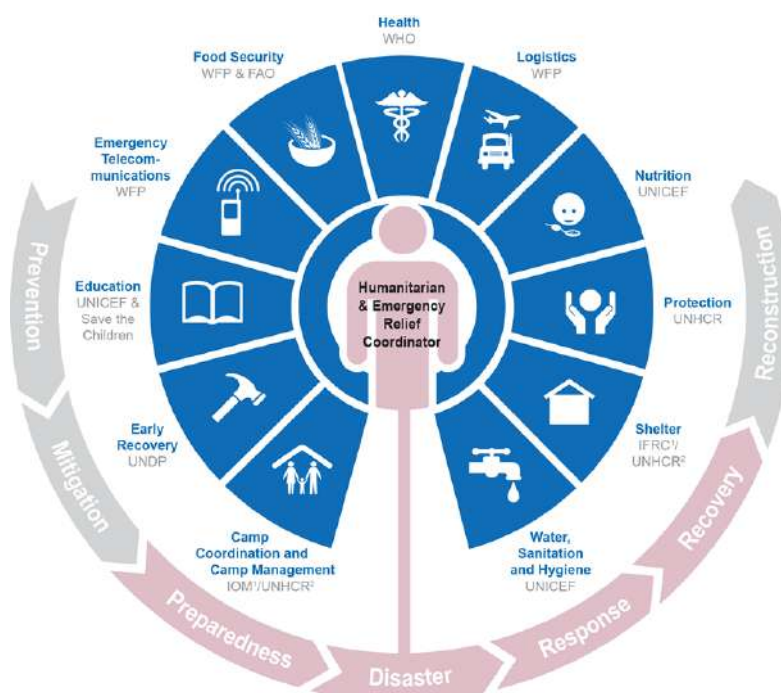
Haushaltsführung verantwortlich sind. Dementsprechend können Frauen zu einer ganzheitlicheren Perspektive des Katastrophenschutzes beitragen. Dadurch besteht ein großes Potential, die Maßnahmen des Katastrophenschutzes zu verbessern.

UN-Institutionen im Katastrophenschutz

Der Themenbereich gender-sensitiven Katastrophenmanagements fällt in die Kompetenzbereiche unterschiedlicher Institutionen. Auch deshalb ist die Kooperation zwischen verschiedenen Akteur*innen auf diesem Feld besonders wichtig.

Das Sekretariat der Vereinten Nationen für Risikominderung (UNISDR) hat die Aufgabe, globale und regionale Aktionen zur Risikoverminderung (Disaster Risk Reduction) zu koordinieren und zu vereinfachen, mit dem Ziel, die Resilienz zu stärken. Dafür arbeitet das UNISDR mit Regierungen auf staatlicher und lokaler Ebene zusammen.

Im Bereich der humanitären Hilfe ist der ständige interinstitutionelle Ausschuss (IASC) für die Koordination zwischen den UN-Institutionen, aber auch nach außen zu zivilgesellschaftlichen Akteuren verantwortlich. Der IASC hat zudem die, auch im Katastrophenmanagement wichtigen, Bereiche der humanitären Hilfe einzelnen UN-Institutionen zugeordnet. (cluster approach, siehe Grafik unten)



Cluster Approach
© Humanitarian Response, OCHA



Wichtige Abkommen und Verträge

Die dem Katastrophenschutz zugrundeliegenden Resolutionen sind das Hyogo Framework und die Nachfolgeresolution, das Sendai Framework.

Das Hyogo Framework for Action wurde 2005 in Japan mit einer Laufzeit von 10 Jahren verabschiedet. Neben generellen Strategien und Maßnahmen zum Katastrophenmanagement und zur Resilienzbildung bekennen sich die Staaten im Hyogo Framework auch zur Notwendigkeit der Sicherstellung gleicher Möglichkeiten der Partizipation von Frauen in diesen Prozessen.

Das Sendai Framework for Disaster Risk Reduction (2015-2030) enthält vier Kernaufgaben, um neue und bestehende Katastrophenrisiken zu vermeiden: (i) Katastrophenrisiken verstehen; (ii) Katastrophenmanagement stärken; (iii) Resilienz stärken und (iv) die Katastrophenvorbereitung verbessern, um eine effizientere Reaktion zu ermöglichen und zudem die bestehenden Strukturen beim Wiederaufbau weiter zu verbessern und ihre Resilienz zu erhöhen (“Build Back Better”).

Des Weiteren erkennt das Sendai Framework auch die Notwendigkeit der besonderen Einbindung von “Frauen, Kindern und Jugendlichen, behinderten Personen, armen Personen, Migranten, [...]” an. Gleichwohl werden am Sendai Framework einige Punkte als unzureichend bemängelt. Speziell im Hinblick auf eine Genderperspektive fehlen konkrete Maßnahmen, die sich auf die Einbindung von Frauen und ihren Bedürfnissen fokussieren. Auf der Regionalkonferenz Asien-Pazifik zum Thema Gender und Disaster Risk Reduction wurden deshalb die Ha Noi Recommendations for Action on Gender and Disaster Risk Reduction verabschiedet, die die Maßnahmen in vier Bereichen um eine Genderperspektive erweitern.

Weitere Resolutionen, die die Vulnerabilität, aber auch die Rolle von Frauen im Katastrophenschutz anerkennen, sind beispielsweise die Resolutionen 56/2 und 58/2 der UN-Frauenrechtskommission.

Auch im Hinblick auf den Klimaschutz gibt es Empfehlungen zu einer besseren Einbindung von Frauen in den Katastrophenschutz. Die General Recommendation No. 37 on Gender-related dimensions of disaster risk reduction in the context of climate



Flut in Pakistan © Oxfam International (CC)

change des Ausschusses für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau fasst diese Empfehlungen zusammen.

Probleme und Lösungsansätze

Während die Leistungen und Relevanz von Frauen im Katastrophenschutz bereits in einigen Abkommen gewürdigt werden, spiegelt sich dies in der Umsetzung von entsprechenden Maßnahmen häufig nicht wider. Zwar haben 2014 bereits mehr als 40 Staaten gender-inklusive Maßnahmen in ihren nationalen Aktionsplänen verankert und auch das UNISDR erreicht die UN-internen Vorgaben zur Einbindung von Frauen, es fehlt jedoch an einem Abkommen auf globaler Ebene, das die konkrete Umsetzung eines ganzheitlichen, gender-sensitiven Ansatzes beinhaltet.

Dabei gibt es eine große Bandbreite von Maßnahmen, die nicht nur von Staaten und internationalen Organisationen, sondern auch von NGOs und auf regionaler Basis umgesetzt werden können.

Sinnvoll wäre ein Konzept, das Information und Aufklärung über die Relevanz der Rolle von Frauen im Katastrophenschutz ebenso umfasst wie eine verstärkte Einbindung von Frauen in Entscheidungsprozesse und die Erweiterung bereits bestehender Maßnahmen, um einen frauenspezifischen Blickwinkel.

Obwohl die Leistungen und die Relevanz von Frauen im Katastrophenschutz auf staatlicher Ebene gewürdigt wurden, fehlt an vielen Stellen noch die erforderliche



MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

Sensibilisierung für dieses Thema. Abhilfe können Aufklärungsprogramme schaffen. Diese können sich nicht nur auf die staatlichen Programme beschränken, sondern selbstverständlich auch von und für NGOs und lokale Initiativen geleistet werden. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Gemeinden vor Ort zu, da dort die Problematik besonders wenig präsent ist.

Einige Länder haben zudem bereits Katastrophenschutzmaßnahmen implementiert, die sich speziell an Frauen richten. Beispielsweise werden in Marokko Frauen zu Natural-Resource-Managerinnen ausgebildet und im Jemen arbeiten Frauen im Bereich der Wasseraufbereitung. Diese Projekte sind jedoch nicht abschließend, weitere denkbare Maßnahmen sind beispielsweise Schulungen, Outreach-Programme und Vernetzungsangebote auf lokaler Ebene. Auch die Sensibilisierung von Männern ist ein denkbarer Ansatzpunkt.

Ziel aller Maßnahmen sollte eine Einbindung von Frauen auf allen strukturellen Ebenen (national bis lokal) und in allen Stadien des Katastrophenschutzes sein.

Der Erreichung dieses Ziels stehen verschiedene Hürden im Weg. Eine mangelnde Einbindung in Entscheidungsprozesse kann kulturell bedingt sein, oft sind Frauen zudem durch mangelnde öffentliche Präsenz nur schwer erreichbar. Zwischen der kulturell anerkannten Rolle und dem selbstständigen Handeln von Frauen besteht häufig ein Spannungsfeld. Gleichzeitig liegt hier jedoch auch die Möglichkeit für ein langfristiges Empowerment von Frauen auch über den Katastrophenschutz hinaus.

Neben einer verstärkten Einbindung von Frauen in Entscheidungsprozesse ist auch der Fokus auf genderspezifische Aspekte bereits bestehender Maßnahmen eine Möglichkeit, Frauen besser vor Katastrophen zu schützen. Dies beginnt bereits in der Vorbereitung auf Katastrophensituationen, beispielsweise mit der Erhebung von Daten, die auch das spezielle Risiko von besonders vulnerablen Gruppen erfassen, um besonders sensible Bereiche zu lokalisieren. Aber auch im Bereich der Hilfsmaßnahmen sollten diskriminierende Faktoren erkannt und beseitigt werden.

Dabei gibt es auch bereits institutionalisierte Bestrebungen, Genderperspektiven einzubinden. Ein Beispiel ist das IASC Gender Capacity Stand-by Project (GenCap) im Bereich der humanitären Hilfe. Das GenCap Project besteht aus einem Pool von



Expert*innen, die kurzfristig entsandt werden können, um UN-Initiativen in Katastrophensituationen im Hinblick auf gender-sensitive Maßnahmen zu beraten.

Eine Resolution könnte die Einbindung von Überprüfungsmechanismen der Maßnahmen ebenso beinhalten wie spezielle Verbesserungsvorschläge.

Weitere mögliche Inhalte einer Resolution

Gerade im Bereich des Katastrophenschutzes ist die Arbeit von Hilfsorganisationen und anderen NGOs von enormer Bedeutung. Diese stellen daher auch ein großes Potential für die Einbindung von Frauen dar und können in dieser Hinsicht auch Vorbild für staatliche Strukturen sein. Die Arbeit von NGOs anzuerkennen und die Möglichkeiten, staatliche Maßnahmen sinnvoll mit nichtstaatlichen Maßnahmen zu kombinieren, sind dementsprechend auch mögliche Gegenstände einer Resolution.

Punkte zur Diskussion

- Wie kann die Ungleichheit von Frauen in Katastrophensituationen reduziert werden?
- Wie erfolgreich und umfassend sind die bestehenden Bestrebungen zur besseren Einbindung von Frauen und welche Anpassungen und Erweiterungen sind sinnvoll?
- Welche neuen Maßnahmen auf UN-Ebene, auf innerstaatlicher Ebene und auf lokaler Ebene sollten getroffen werden?
- Wie können bestehende Schwierigkeiten bei der Umsetzung überwunden werden?
- Welche Rolle können NGOs spielen?

Besonders hilfreiche Quellen

- Berichte, Aktionspläne und Statements zum Katastrophenschutz, gelistet nach Ländern (Englisch)
<https://www.unisdr.org/partners/countries>
- Einstieg in die Problematik (Englisch)
<https://blogs.worldbank.org/sustainablecities/why-engaging-women-and-children-disaster-risk-management-matters-and-how-it-makes-difference>



<https://www.ifrc.org/en/news-and-media/opinions-and-positions/speeches/2005/vulnerability-of-women-in-disaster-situations/>

- Artikel der Vereinte Nationen zu Frauen in Führungspositionen als Schlüssel zur Verringerung der Sterblichkeit durch Naturkatastrophen
<https://www.unbonn.org/de/node/13326>
- BBK Glossar: Ausgewählte zentrale Begriffe des Bevölkerungsschutzes
https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Publikationen/Praxis_Bevoelkerungsschutz/Glossar_2018.html
- Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015-2030, Zusammenfassung als Übersicht am Ende des Dokuments
https://www.unisdr.org/files/43291_sendaiframeworkfordrren.pdf
- Ha Noi Recommendations for Action on Gender and Disaster Risk Reduction
<https://www2.unwomen.org/-/media/field%20office%20eseasia/docs/publications/2016/07/hanoi-recommendation-final-13-jul-en.pdf?la=en&vs=5328>

Wichtige Dokumente

- A/CONF.206/6 - Hyogo Framework for Action 2005-2015: Building the Resilience of Nations and Communities to Disasters
https://www.unisdr.org/files/1037_hyogoframeworkforactionenglish.pdf
- Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015 - 2030
https://www.unisdr.org/files/43291_sendaiframeworkfordrren.pdf
- Ha Noi Recommendations for Action on Gender and Disaster Risk Reduction
<https://www2.unwomen.org/-/media/field%20office%20eseasia/docs/publications/2016/07/hanoi-recommendation-final-13-jul-en.pdf?la=en&vs=5328>
- E/2012/27 E/CN.6/2012/16 - Resolution 56/2 Gender equality and the empowerment of women in natural disasters
<https://undocs.org/en/E/2012/27>
- E/2014/27E/CN.6/2014/15 - Resolution 58/2 Gender equality and the empowerment of women in natural disasters
<https://undocs.org/en/E/2014/27>



- Global Assessment Report on Disaster Risk Reduction 2019
https://gar.unisdr.org/sites/default/files/reports/2019-05/full_gar_report.pdf
- Kurzübersicht
<https://gar.unisdr.org/sites/default/files/gar19distilled.pdf>
- CEDAW/C/GC/37 - General Recommendation No. 37 on Gender-related dimensions of disaster risk reduction in the context of climate change
https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CEDAW/Shared%20Documents/1_Global/CEDAW_C_GC_37_8642_E.pdf

Quellen und weiterführende Links

- Weltbank: Why we must engage women and children in disaster risk management (Englisch)
<https://blogs.worldbank.org/sustainablecities/why-engaging-women-and-children-disaster-risk-management-matters-and-how-it-makes-difference>
- Reliefweb: THE INTER-AGENCY MINIMUM STANDARDS for Gender-Based Violence in Emergencies Programming (Englisch)
https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/19-200_Minimum_Standards_Report_ENGLISH-Nov.FINAL_.pdf
- UN OCHA: GenCap - The IASC Gender Standby Capacity Project (Englisch)
<https://www.humanitarianresponse.info/en/coordination/gencap>
- IFRC: Vulnerability of women in disaster situations (Englisch)
<https://www.ifrc.org/en/news-and-media/opinions-and-positions/speeches/2005/vulnerability-of-women-in-disaster-situations/>
- International Rescue Committee: GBV Emergency Preparedness & Response
<https://gbvaor.net/sites/default/files/2019-07/GBV%20Emergency%20Preparedness%20and%20Response%20Facilitator%20Guide%20-%20IRC%2C%202018.pdf>
- Women's empowerment following disaster: a longitudinal study of social change (Englisch: Zusatzliteratur nur für Fortgeschrittene)
<https://link.springer.com/article/10.1007/s11069-018-3204-4>



MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

- UN OCHA: Preparedness and Risk Management
<https://www.unocha.org/themes/preparedness-and-risk-management>
- UNDRR: Gender and a Leading Role for Women in Disaster Risk Reduction
<https://www.unisdr.org/we/advocate/gender>
- UNDRR: Disasters reveal gender gap
<https://www.unisdr.org/archive/61189>
- United Nations: Making Disaster Risk Reduction Gender-Sensitive
https://www.unisdr.org/files/9922_MakingDisasterRiskReductionGenderSe.pdf



3 - Bekämpfung nicht übertragbarer Krankheiten

Fragen zu diesem Thema können Sie an Nora Dornis (n.dornis@munbw.de) richten.

Einleitung

Jährlich sterben 41 Millionen Menschen an nicht übertragbaren Krankheiten (non-communicable diseases, NCDs). Damit stellen NCDs 71% aller weltweiten Todesursachen dar und stehen damit weit vor übertragbaren Krankheiten und bewaffneten Konflikten. Nicht übertragbare Krankheiten haben üblicherweise einen lang andauernden Verlauf und können durch eine Kombination genetischer, physiologischer, umwelt- und verhaltensbedingter Faktoren ausgelöst werden. Physiologische Faktoren meinen dabei den bereits vorhandenen Gesundheitszustand, zum Beispiel einen tendenziell hohen Blutdruck. "NCDs" ist ein Sammelbegriff für alle Krankheiten, die nicht infektiös sind, also nicht zwischen Menschen übertragen werden können. Somit werden auch psychische Erkrankungen zu den NCDs gezählt.

Die vier häufigsten Typen von NCDs sind Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems (kardiovaskuläre Erkrankungen, zum Beispiel Herzinfarkte oder Schlaganfälle), Krebs, Atemwegserkrankungen und Diabetes. Diese vier Erkrankungen sind für 80% der Tode durch NCDs verantwortlich.

Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern sind überproportional häufig von NCDs betroffen. So entfallen mehr als drei Viertel aller Tode durch NCDs auf diese Weltregionen. Dabei sind insbesondere vorzeitige Todesfälle problematisch. Vorzeitige Todesfälle (engl. premature deaths) sind Tode, die eintreten, bevor die Lebenserwartung der Person erreicht wurde. Laut WHO (Weltgesundheitsorganisation, World Health Organisation) treten jedes Jahr 15 Millionen vorzeitige Todesfälle durch NCDs ein, von denen mehr als 80% auf Entwicklungs- und Schwellenländer entfallen.

Hintergrund und Grundsätzliches

Von den genetischen, physiologischen, umwelt- und verhaltensbedingten Faktoren, die NCDs auslösen können, sind vor allem die letzten beiden präventiv, also vorbeugend beeinflussbar.

Verhaltensbedingte Risikofaktoren sind insbesondere:



MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

- Tabakkonsum (7,2 Millionen Tode pro Jahr),
- eine ungesunde Ernährung (insbesondere hoher Salz- & Natriumkonsum mit 4,1 Millionen Toden pro Jahr).
- Alkoholmissbrauch (mehr als 1,7 Millionen jährlichen Tode), und
- zu wenig körperliche Aktivität (1,6 Millionen Tode).

Auch Umweltfaktoren tragen zur Ausbreitung von NCDs bei, so beispielsweise die Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung. Luftverschmutzung (außerhalb und innerhalb des Haushaltes) erhöht das Risiko von Herz-Kreislauf- und Lungenerkrankungen deutlich und hat 2016 zu ca. 7 Millionen weltweiten Toden geführt. Die größten Sterblichkeitsraten traten dabei in Sub-Sahara Afrika und Asien & Ozeanien (außer Australien/Neuseeland) auf, weil große Teile der dortigen Bevölkerung noch mit fossilen Brennstoffen und umweltbelastenden Technologien arbeiten und kochen.

Weitere risikobehaftete Umweltfaktoren sind der Kontakt mit Chemikalien, die Auswirkungen des Klimawandels und extremer Wetterereignisse, sowie die zunehmende Urbanisierung, also die Verstädterung. Die Art und Weise, wie Städte und Siedlungen geplant und entwickelt werden, insbesondere im Hinblick auf den Einsatz nachhaltiger Verkehrsmittel und auf die Gewährleistung von Sicherheit innerhalb der Stadt, kann Sport, soziale Integration und Vernetzung fördern oder einschränken. Auch die zunehmende Verfügbarkeit von Fast Food und die alternde Gesellschaft begünstigen die Ausbreitung von NCDs.



Burger © Joenomias (CC)



Sowohl den verhaltens-, als auch den umweltbedingten Risikofaktoren kann durch gezielte Programme entgegengewirkt werden.

Die Aufgabe der WHO ist es, den Mitgliedsstaaten dabei mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. So gibt die WHO Handlungsempfehlungen heraus und arbeitet mit weiteren Partner*innen aus der Zivilgesellschaft und dem privatwirtschaftlichen Sektor zusammen.

Die WHO unterstützt Staaten insbesondere dabei,

- den Salz- und Zuckerkonsum zu reduzieren,
- synthetische Fette zu verbieten & die Antibiotika-Belastung in Lebensmitteln zu reduzieren,
- Produkte, die zu einer gesunden Ernährung beitragen, zu bewerben,
- den Tabakkonsum und den schädlichen Alkoholkonsum zu reduzieren,
- die Vermarktung ungesunder Lebensmittel und Getränke an Kinder einzustellen und
- körperliche Inaktivität zu verringern.

Problematisch an NCDs ist, dass diese die bereits am meisten benachteiligten Personen am schwersten treffen. Erkrankungen mit NCDs erfordern oft eine lange und teure Behandlung, die sozial benachteiligte Menschen sich nicht leisten können. Diese werden also kränker und sterben früher als Menschen mit höherem sozialen Status, zumal sie oft nur einen begrenzten Zugang zu medizinischer Versorgung haben und einem größeren Risiko ausgesetzt sind, schädlichen Konsumgewohnheiten (wie Tabak oder Fast Food) nachzugehen. Durch verschiedene Studien wurde in der Vergangenheit gezeigt, wie wichtig das Umfeld, in dem eine Person aufwächst und lebt, für ihre Gesundheit im Laufe ihres Lebens ist. Dabei besteht das Umfeld aus der Familie und anderen persönlichen Kontakten, aber auch insbesondere aus der Schule und der Bildung, zu der die Person einen Zugang hat. Diese Faktoren beeinflussen insbesondere das individuelle Verhalten einer Person, aber auch den Kontakt mit schädlichen Umwelteinflüssen, bzw. den Schutz gegen diese.

*Bier und Zigaretten*

© Alexas_Foto (CC)

Armutsbekämpfungsprogramme und andere Entwicklungshilfe könnten sich zukünftig als ineffektiv erweisen, wenn die Kosten für die Behandlung von NCDs für sozial benachteiligte Menschen nicht global verringert werden. Es gibt eine eindeutige Beziehung zwischen NCDs, Armut, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung. So wird das Humankapital und das wirtschaftliche Kapital, das im Laufe der nächsten Jahre in Entwicklungs- und Schwellenländern an NCDs verloren werden wird, auf 7 Trillionen US Dollar geschätzt. Diese gewaltige Summe trägt zu Armut und Ungerechtigkeiten bei und gefährdet die Entwicklung der betroffenen Staaten.

Auch psychische Erkrankungen stellen ein immer größeres globales Problem dar. Sie sind laut WHO für rund 13% aller weltweiten Erkrankungen verantwortlich. Trotzdem haben die Betroffenen meist keinen Zugang zu Behandlung oder Pflege. Menschen mit psychischen Erkrankungen werden stigmatisiert und diskriminiert. Sie sind statistisch eher in Gefahr, Opfer von Menschenrechtsverletzungen oder Missbrauch zu werden, und haben ein höheres Risiko, an anderen NCDs zu erkranken, da Verletzungen und Gewalt zusätzliche Risikofaktoren sind. Die Erkrankungshäufigkeit und Sterblichkeit ist deshalb unter Menschen mit psychischen Vorerkrankungen höher als in der normalen Bevölkerung.

Aktuelles

Es gibt drei wichtige internationale Dokumente, die sich mit dem Thema NCDs beschäftigen. Diese sind der "globale Aktionsplan zur Prävention und Kontrolle von



nicht übertragbaren Krankheiten” der WHO, der vom Jahr 2013 bis zum Jahr 2020 das Handeln der Organisation im Bereich NCDs bestimmte; die sogenannte “Montevideo Roadmap 2018–2030 on non-communicable diseases as a sustainable development priority”, die auf der globalen WHO Konferenz in Montevideo, Uruguay im Jahr 2017 von den anwesenden Staaten verabschiedet wurde; und die 2018 verabschiedete Resolution A/RES/73/2 der Generalversammlung über die Prävention und Kontrolle von NCDs.

Alle drei Dokumente befassen sich mit der internationalen Strategie zur Bekämpfung von NCDs. Alle identifizieren die effektive Prävention, die Überwachung von NCDs und ihrer Risikofaktoren und den vollständigen Zugang zu medizinischer Versorgung, also zu regelmäßigen Check-ups, zu Medikamenten und zu Palliativpflege, als essentiell für die Bekämpfung von NCDs.

In der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, die mit ihren 17 nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) seit 2015 das Handeln der UN maßgeblich bestimmt, werden NCDs konkret innerhalb des SDG 3 erwähnt. Das SDG 3 beschäftigt sich mit Gesundheit und heißt “Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern”. Das Unterziel 3.4 heißt dabei “Bis 2030 die Frühsterblichkeit aufgrund von nichtübertragbaren Krankheiten durch Prävention und Behandlung um ein Drittel senken und die psychische Gesundheit und das Wohlergehen fördern.”

Einige weitere Unterziele und Zielvorgaben behandeln ebenfalls das Themenfeld der NCDs, unter anderem die Reduzierung des Alkohol- und Tabakkonsums. Da die SDGs sich gegenseitig bedingen und ergänzen, sind jedoch auch andere Zielvorgaben relevant für die Bekämpfung von NCDs, wie zum Beispiel SDG 2 – Keine Armut, oder SDG 5 – Gleichstellung der Geschlechter.

Da viele UN-Organisationen sich mit dem Thema NCDs beschäftigen, wurde im Jahr 2013 die United Nations Interagency Task Force on the Prevention and Control of NCDs (UNIATF) gegründet, um deren Anstrengungen möglichst effektiv zu bündeln. Aktuell sind neun UN-Organisationen beteiligt und die Taskforce setzt konkrete Pro-



jekte in mehr als 20 Staaten um. Zu den aktuellen globalen Kooperationsprogrammen der Taskforce gehören:

- die Hilfe bei der Implementierung nationaler sektorübergreifender Maßnahmen für NCDs und Entwicklung;
- die Förderung einer umfassenden Krebsbekämpfung;
- die Beseitigung von Gebärmutterhalskrebs und
- die Maximierung des Potenzials mobiler Technologien bei der NCD-Bekämpfung.

Derzeit wird ein weiteres Programm entwickelt, das helfen soll, die mit Alkoholkonsum verbundenen Belastungen zu verringern.

Die Anzahl der Tode durch NCDs ist zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2016 deutlich und in allen Weltregionen gleichmäßig zurückgegangen. Diese Erfolge wurden unter anderem durch die verbesserte generelle medizinische Versorgung erreicht. Doch auch das Einbeziehen des sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Kontextes führte dazu, dass sich Programme als effektiver und nachhaltiger erwiesen.

Ebenso gibt es Erfolge in der Präventionsarbeit. So wurde zum Beispiel der Tabakkonsum vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2016 von 27% auf 20% reduziert. Dabei fiel der Tabakkonsum von Frauen von 11% auf 6%, und der Konsum von Männern von 43% auf 34%. Der Tabakkonsum ist ein gutes Beispiel dafür, dass auch individuelle Aspekte wie das Geschlecht einer Person eine entscheidende Rolle bezüglich der Erkrankung an NCDs spielen. Weitere Merkmale, die in Betracht gezogen werden sollten, sind das Alter einer Person, ihr Bildungsniveau und ihr sozioökonomischer Status. Der sozioökonomische Status bezeichnet die soziale Position einer Person in der Gesellschaft, in der sie lebt, und die finanziellen Mittel, die ihr dabei zur Verfügung stehen.

Werden alle diese individuellen Faktoren innerhalb von Programmen zur Bekämpfung von NCDs berücksichtigt, so können diese sehr viel kosteneffizienter nachhaltige Veränderungen bewirken.



Probleme und Lösungsansätze

Um der Herausforderung der NCDs zu begegnen, muss als erstes eine effektive Prävention, also die Vorbeugung gewährleistet werden. Dazu müssen die unter 2. beschriebenen Risikofaktoren minimiert werden, das bedeutet die Einschränkung des Tabak- und Alkoholkonsums, die Aufsetzung von Programmen gegen Übergewicht (insbesondere bei Kindern) und die gezielte Förderung von physischer Aktivität. Durch die Besteuerung von schädlichen Produkten können gleichzeitig Einnahmen generiert werden.

Bei der Durchsetzung solcher Einschränkungen und Programme ist eines der Haupthindernisse auf Länderebene, dass private Firmen genau das Gegenteil, nämlich eine Konsummaximierung dieser schädlichen Produkte, erreichen wollen. Wie kann der private Sektor hier besser im Sinne der öffentlichen Gesundheit eingebunden werden?

Außerdem sollte allgemein Krankheitsprävention für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung stehen und so unter anderem Impfungen gegen Humane Papillomviren (HPV), die Gebärmutterhalskrebs oder Peniskrebs auslösen können, für Jungen und Mädchen durchgeführt werden.

Zweitens sollte der allgemeine Zugang zu medizinischer Versorgung für die gesamte Bevölkerung gewährleistet sein. Dabei müssen sich Gesundheitssysteme in Zukunft insbesondere auf die Bedürfnisse der alternden Gesellschaft vorbereiten.

Zum Zugang zur medizinischen Versorgung gehört der Zugang zu erschwinglichen Diagnoseverfahren und Vorsorgeuntersuchungen. Je früher eine nicht übertragbare Krankheit erkannt wird, desto einfacher ist sie zu behandeln.

Der Zugang zu effektiven Medikamenten ist ebenfalls Teil des Zugangs zu medizinischer Versorgung. In der Behandlung nicht übertragbarer Krankheiten werden zunehmend Fortschritte gemacht, so beispielsweise durch weiterentwickelte Herzschrittmacher-Technologien, Asthma-Medikation oder Chemotherapien. Diese Behandlungsmethoden sind jedoch insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern oft nicht verfügbar, bzw. nur für eine reiche Oberschicht zugänglich.



Auch palliative Pflege und spezialisierte Pflege für ältere Menschen sollte gewährleistet sein.

Ein derzeit noch sehr vernachlässigter Bereich der nationalen Gesundheitssysteme ist die Versorgung von psychischen Erkrankungen. Hier sollte dringend in die Ausbildung von Fachpersonal und die Bereitstellung von spezialisierten Einrichtungen investiert werden.

Wie kann eine solche umfangreiche medizinische Versorgung gewährleistet werden? Der dritte große Bereich, der berücksichtigt werden muss, ist die Überwachung, das Monitoring und die Auswertung von Fortschritten und Trends der NCDs und ihrer Risikofaktoren. Diese Überwachung ist wichtig für die Ausrichtung der Politik und der Prioritäten und um aus Erfahrungen zu lernen; sie ist bis jetzt jedoch nicht vorhanden. Welche Rolle kann die WHO hier übernehmen? Gibt es in anderen Bereichen der internationalen Zusammenarbeit Beispiele, wie ein internationales Monitoring aussehen könnte?

Viertens besteht noch Nachholbedarf im Bereich 'Governance', also bei der politischen Führung. Noch immer hat das Thema der NCDs keine große politische Priorität, und es fehlt an strategischen Maßnahmen und politischer Konsistenz auf nationaler und internationaler Ebene. Innerhalb der Montevideo Roadmap fordern die unterzeichnenden Staaten die WHO auf, die Einrichtung einer Plattform in Betracht zu ziehen, um die internationale Zusammenarbeit zu ermöglichen. Die Aufgabe der in der Roadmap vorgeschlagenen Plattform ist lediglich, Staaten und nichtstaatliche Akteur*innen zur internationalen Kooperation zum Thema NCDs zusammen zu bringen. Sollte eine solche Plattform eingerichtet werden? Kann eine solche Plattform noch andere Aufgaben, wie beispielsweise das NCD-Monitoring, übernehmen?

Eine Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft dabei ist es, dass die Gremien der Vereinten Nationen außerhalb des Sicherheitsrates keine rechtlich bindenden Verträge verabschieden, sondern in ihren Resolutionen lediglich Empfehlungen an die Staaten aussprechen können. Deshalb ist es wichtig, klar zu machen, wie essentiell das Thema der NCDs ist und durch welche effektiven Maßnahmen kostengünstig große Fortschritte gemacht werden können. Die Staaten müssen also



Jogger © Andreas Komodromos (CC)

durch die Wichtigkeit des Themas und durch eine einfache Umsetzbarkeit motiviert werden, selbstständig in Aktion zu treten, was in einer solchen nicht völkerrechtlich bindenden Resolution besonders deutlich gemacht werden sollte.

Der letzte zu beachtende Bereich sind die Zusammenhänge mit anderen Bereichen der Entwicklungshilfe und den anderen SDGs. Insbesondere zu beachten sind die Urbanisierung, der Umweltschutz und die Armutsbekämpfung. Programme sollten übergreifend zusammenarbeiten und nicht autonom agieren.

In allen Bereichen sollte aktiv auf die am stärksten gefährdeten Gruppen bzw. Personen geachtet werden, um Ungleichheiten im Gesundheitsbereich zu minimieren. Aktuelle Entwicklungen im Bereich e-Health sorgen beispielsweise dafür, dass auch Menschen ohne tatsächlichen Zugang zu einem Krankenhaus oder einer Arztpraxis schnell Hilfe erhalten können, indem sie über digitale Kanäle Kontakt mit Ärzt*innen halten können. Realistische Beispiele hierfür sind die selbstständige Messung und die Übermittlung von Vitalparametern wie Blutdruck, Herzfrequenz und Blutzuckerwerten oder das digitale Arztgespräch, gegebenenfalls sogar mit einer Diagnose. Welche Rolle können solche und andere innovative technologische Ansätze dabei spielen?



Punkte zur Diskussion

- Wie können NCD-Präventionsprogramme aussehen, die auch sozial benachteiligte Gruppen erreichen? Welche Rolle spielen Umweltfaktoren dabei?
- Wie kann sichergestellt werden, dass sozial benachteiligte Gruppen und psychisch Erkrankte Zugang zu adäquater Gesundheitsversorgung erhalten?
- Wie könnte eine internationale Kooperation bei der Bekämpfung von NCDs aussehen?
- Wie können neue Technologien wie beispielsweise e-Health eingebunden werden?
- Welche Finanzierungsmöglichkeiten gibt es? Wie können Maßnahmen genutzt werden, die Einnahmen generieren (z.B. Steuern auf gesundheitsschädliche Produkte)?
- Wie kann sichergestellt werden, dass widersprüchlichen Interessen des privaten Sektors durch Regierungen nicht nachgegeben wird?
- Wie kann die Überwachung und das Monitoring von NCDs und ihren Risikofaktoren erfolgen? Welche Funktion kann die WHO hier übernehmen?

Besonders hilfreiche Quellen

- WHO-Seite des WHO Regionalbüros Europa zum Thema NCDs auf deutsch
<http://www.euro.who.int/de/health-topics/noncommunicable-diseases/ncd-background-information/what-are-noncommunicable-diseases>
- allgemeine WHO-Seite auf englisch - sehr vollständig & verweist auf weitere hilfreiche Quellen
<https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/noncommunicable-diseases>
- am 10. Dezember erschienener WHO-Bericht mit neuen Empfehlungen zum Thema NCDs (englisch)
<https://www.who.int/news-room/detail/10-12-2019-who-gets-new-advice-on-curbing-deadly-noncommunicable-diseases>



Wichtige Dokumente

- WHO Global Action Plan (englisch)
https://apps.who.int/iris/bitstream/handle/10665/94384/9789241506236_eng.pdf?sequence=1
- A/RES/73/2 - Political declaration of the third high-level meeting of the General Assembly on the prevention and control of noncommunicable diseases (englisch)
<https://undocs.org/A/RES/73/2>
- Montevideo road map 2018–2030 on non-communicable diseases as a sustainable development priority (englisch)
<https://www.who.int/ncds/governance/montevideo-roadmap.pdf?ua=1>

Weiterführende Quellen & Links

- SDG 3 (deutsch)
<https://www.17ziele.de/ziele/3.html>
- SDG 3, ein bisschen ausführlicher (englisch)
<https://sustainabledevelopment.un.org/SDG3>
- Agenda 2030 (deutsch), hier ist auch der Volltext fürs SDG3 auf deutsch einsehbar:
<https://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf>
- einführendes Video der WHO (gut für einen kurzen Überblick, englisch)
https://www.youtube.com/watch?v=-i_3nonEq0E&feature=youtu.be
- Informationen zum Thema nicht-übertragbare Krankheiten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit & Entwicklung (deutsch)
http://www.bmz.de/de/themen/nicht_uebertragbare_krankheiten/index.html
- Forderungen der Deutschen Allianz Nichtübertragbare Krankheiten (deutsch)
<https://www.dank-allianz.de/positionen.html>
- Seite des Schweizer Bundesamts für Gesundheit über NCDs, interessante Kostenaufstellungen und Lösungsansätze (deutsch)
<https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/strategie-und-politik/nationale-gesundheitsstrategien/strategie-nicht-uebertragbare-krankheiten.htm>



- Seite der United Nations Interagency Task Force (UNIATF) on the Prevention and Control of NCDs (englisch)
<https://www.who.int/ncds/un-task-force/en/>
- Working together for health & development (Seite der United Nations Interagency Task Force, englisch)
<https://www.who.int/ncds/un-task-force/working-together-adaptation.pdf?ua=1>
- Broschüre “Time to Deliver” vom 3rd UN High Level Meeting on NCDs (englisch)
<https://www.who.int/ncds/governance/third-un-meeting/brochure.pdf?ua=1>
- WHO-Artikel: Stronger focus on nutrition within health services could save 3.7 million lives by 2025 (englisch)
<https://www.who.int/news-room/detail/04-09-2019-stronger-focus-on-nutrition-within-health-services-could-save-3.7-million-lives-by-2025>
- WHO-Webseite NCDs & Mental Health (englisch)
<https://www.who.int/nmh/en/>
- Global Health Observatory: Überblick NCDs (englisch)
<https://www.who.int/gho/ncd/en/>
- SDG Report 2018 (englisch)
<https://unstats.un.org/sdgs/files/report/2018/TheSustainableDevelopmentGoals-Report2018-EN.pdf>